

25.11.22**Beschluss**
des Bundesrates

Gigabitstrategie der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 1028. Sitzung am 25. November 2022 beschlossen, zu der Vorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat stellt fest, dass gut ausgebaute, sichere Netze und eine resiliente digitale Infrastruktur unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft sind. Dies gilt vor allem, da Deutschland einer verstärkten Bedrohungslage ausgesetzt ist – unter anderem im Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.
2. Der Bundesrat stellt fest, dass Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft verstärkt in die Katastrophenvorsorge investieren müssen. Die Institutionen müssen gestärkt werden, um das Katastrophenrisiko zu steuern.
3. Der Bundesrat misst der Ausfallsicherheit der digitalen Netze eine sehr hohe Bedeutung zu, hierbei müssen alle Arten von Krisen betrachtet werden, zum Beispiel Krieg, Pandemie, Klima- und Naturkatastrophen, Sabotage und Anschläge, Cyberangriffe sowie wirtschaftliche Schwierigkeiten.
4. Der Bundesrat erkennt an, dass die Steigerung der Resilienz von Telekommunikationsnetzen und -diensten im Rahmen der Gigabitstrategie der Bundesregierung eine wichtige Rolle einnimmt und dass die Bundesregierung sich diesbezüglich in der Gigabitstrategie dazu bekennt, die Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz noch zu verstärken, diese bei Bedarf auf verschiedene Bedrohungslagen anzupassen und regelmäßig zu evaluieren, um im Ernstfall schnell und lageangepasst reagieren zu können.

5. Der Bundesrat begrüßt, dass die Bundesnetzagentur gemeinsam mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr einen Branchendialog zur Resilienz der Telekommunikationsinfrastruktur initiiert hat und dass aus diesem heraus ein Strategiepapier Resilienz der Telekommunikationsnetze vorgelegt wurde.
6. Der Bundesrat begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, zeitnah einen Gesetzentwurf zum besseren Schutz kritischer Infrastruktur vorzulegen und bittet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, die Länder hierbei eng einzubeziehen.
7. Der Bundesrat erkennt an, dass die Bundesregierung mit weiteren Strategiepapieren, die unter anderem den Stellenwert der digitalen Infrastrukturen beleuchten, auf die veränderte Sicherheitslage reagiert:
 - a) Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen
 - b) Cybersicherheitsstrategie
8. Der Bundesrat stellt fest, dass den Strategiepapieren nun konkrete Umsetzungsmaßnahmen folgen müssen und die Finanzierung sichergestellt sein muss. Für die Umsetzung ist eine koordinierte Zusammenarbeit der Bundesministerien, der Bundesnetzagentur, des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, der Länder, der Kommunen und der Wirtschaft notwendig.
9. Der Bundesrat sieht für die Sicherheit und Resilienz der digitalen Infrastruktur Handlungsbedarf in folgenden Feldern:
 - a) Erhöhung der Ausfallsicherheit der vorhandenen Netze (Festnetz und Mobilfunk)
 - b) Nachhaltiger, sicherer Ausbau der Netze
 - c) Erhöhung der Energieeffizienz und -sicherheit, insbesondere um die Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur zu gewährleisten.
 - d) Schaffung von redundanten Netzen, zum Beispiel für das Eintreten eines Schwarzfalles. Der Aufbau einer europäischen Satellitenkonstellation kann ein wichtiger Beitrag sein, um die digitale Souveränität Europas sicherzustellen.

10. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, einen Katalog von Umsetzungsmaßnahmen (kurz-, mittel-, langfristig) vorzulegen und mit den Ländern abzustimmen. Hierzu gehören zum Beispiel die Aufklärung über Katastrophenrisiken, technische Maßnahmen, organisatorische und koordinierende Maßnahmen, Maßnahmen zur Bewältigung eines Schwarzfalles, Vorgaben für Unternehmen, Zusammenwirkung von Telekommunikationsunternehmen und Stromnetzbetreiber sowie gesetzliche Maßnahmen, wie die Anpassung des BSI-Gesetzes und der Schwellwerte.
11. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bis Sommer 2023 über die konkreten Fortschritte zu berichten.
12. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Maßnahmen der Gigabitstrategie zur Schaffung einer gut ausgebauten, sicheren, resilienten Netzinfrastruktur mit ausreichend finanziellen Mittel zu hinterlegen.
13. Der Bundesrat begrüßt, dass das von den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen im Rahmen der OZG-Umsetzung auf den Weg gebrachte Breitbandportal einsatzbereit ist, auch für andere Länder zur Verfügung steht und auch für kleinere Kommunen ohne spezielle Fachverfahren medienbruchfrei nutzbar ist. Damit sind Genehmigungsverfahren für den Telekommunikationsausbau durchgängig digitalisiert, Arbeitsprozesse standardisiert und Bearbeitungsprozesse transparenter gestaltet. Die Verfahren und damit der Ausbau können so beschleunigt und vereinfacht werden.
14. Der Bundesrat begrüßt, dass die Bundesregierung in der Gigabitstrategie die Unterstützung des Breitbandportals durch das Gigabitbüro des Bundes sowie die Einbindung weiterer Antragsarten in das Breitbandportal (durch die Länder) verankert hat.